

Der erste Haushaltsentwurf der neuen Großen Koalition: „Das treibt einen Keil zwischen Großmütter und ihre Enkel“

Die Große Koalition verfügt in dieser Wahlperiode über Mehreinnahmen von insgesamt 165,9 Mrd. Euro. Noch nie hatte eine Regierung so viel Geld zur Verfügung. Es gibt daher die realistische Chance, gleichzeitig Schulden abzubauen, die Bürgerinnen und Bürger zu entlasten und strategisch klug in die Zukunft unseres Landes zu investieren. Doch die Große Koalition schlägt diese Chance aus: mehr Sozialleistungen wie etwa die Mütterrente II statt angemessener Investitionen in Bildung und Digitalisierung, kein Schuldenabbau und nur eine geringfügige steuerliche Entlastung der Bürgerinnen und Bürger erst ab 2021. Der Haushalt der Großen Koalition frisst unsere Zukunft. Der FDP-Fraktionsvorsitzende Christian Lindner sagte dazu in seiner Haushaltsrede, dass dieser Haushalt einen Keil zwischen Großmütter und ihre Enkel treibe.

Unser Gegenmodell

Die stetig steigenden Steuereinnahmen, die historisch niedrigen Zinsen und das anhaltende Wirtschaftswachstum wollen wir nutzen, um Deutschland auf die Zukunft vorzubereiten: kluge Investitionen in Bildung, Digitalisierung und Infrastruktur statt überflüssige Ausgaben und Subventionen. Die Mittelschicht wollen wir dabei gezielt entlasten. Die Privatisierung von Unternehmensbeteiligungen kann unter anderem zur Tilgung alter Schulden und damit zur Bewältigung des Zinsrisikos genutzt werden.

Ausgabenrekord

Die Große Koalition übertrifft sich in dieser Wahlperiode selbst mit ihren Mehrausgaben. Für die Jahre 2018 bis 2021 plant sie 190 Mrd. Euro mehr auszugeben als in der vorherigen Wahlperiode. Diese Rekordausgaben reichen aber gerade einmal zur Finanzierung der Hälfte der Versprechen im Koalitionsvertrag.

Subventionsrekord

Der Großen Koalition fehlt der Mut, nur eine einzige Subvention zu streichen. Stattdessen wird mit dem Baukindergeld eine riesige wiederbelebt, die als Eigenheimzulage erst vor wenigen Jahren mühsam beseitigt wurde. Die Eigenheimzulage war lange Zeit die größte Subvention im Bundeshaushalt (über 10 Mrd. Euro pro Jahr). Das neue Baukindergeld droht diesen Platz in Zukunft einzunehmen (mittelfristig rd. 4 Mrd. Euro pro Jahr).

Investitions-Minusrekord

Die Große Koalition plant, wichtige Investitionen zu kürzen. Im Jahr 2021 sollen sie um 2,2 Mrd. Euro sinken. 2022 sollen die Investitionen sogar auf das Niveau von 2013 zurückfallen. Angesichts der dringend notwendigen Investitionen in Bildung, Digitalisierung, Infrastruktur, Schulen und Verwaltungen ist diese Politik unverantwortlich.

Rentenzuschussrekord

Die Große Koalition verteilt dauerhaft teure Rentengeschenke wie die Lebensleistungsrente oder die Mütterrente II. Das geht voll auf Kosten jüngerer Generationen. Der Steuerzuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung soll in dieser Wahlperiode von 91 Mrd. Euro auf über 103 Mrd. Euro im Jahr 2021 ansteigen. Diese drastischen Kostensteigerungen bergen gesellschaftspolitischen Sprengstoff und treiben einen Keil zwischen die Großmütter und ihre Enkel.

Schattenhaushalterekord

Die Große Koalition versteckt Geld vor den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern. Sie hatte 2015 für mögliche künftige Belastungen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen eine Rücklage gebildet. In keinem der drei folgenden Jahre mussten jedoch Mittel aus dieser Rücklage entnommen werden. Nicht nur das: Die jährlichen Haushaltsüberschüsse sind seither nicht in die Schuldentilgung, sondern in diesen Schattenhaushalt geflossen, in dem sich am Bundeshaushalt vorbei mittlerweile 24 Mrd. Euro angesammelt haben. Wir sehen keine Notwendigkeit für diese Sonderreserve. Zudem widerspricht sie dem Transparenzgebot.

Rekordrisiken

Trotz der stetig steigenden Steuereinnahmen hat die Große Koalition bereits jeden zusätzlichen Euro an finanziellem Spielraum verplant. Dabei ist die Hälfte der Versprechungen aus dem Koalitionsvertrag noch nicht finanziert, etwa in der Sicherheits- und der Entwicklungspolitik (Mehrbedarf von je 9 bis 12 Mrd. Euro). Dafür plant die Große Koalition den Einstieg in zahlreiche neue Ausgaben, etwa für das Baukindergeld oder im Bereich der Rente. Die Kosten dafür werden in den kommenden Jahren drastisch ansteigen. Auch das Risiko steigender Zinsen für den Bundeshaushalt wird an die kommenden Generationen weitergereicht. Steigen die Zinsen um einen Prozentpunkt, wirkt sich das mit Mehrausgaben von rd. 2 Mrd. Euro auf den Bundeshaushalt pro Jahr mit wachsender Tendenz aus. So fehlt es in der Zukunft an der notwendigen Flexibilität bei Zusatzbelastungen.